
RN/170

20.33

Abgeordneter Wolfgang Moitzi (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentinnen – es kommt ja auch nicht so oft vor, dass zwei Präsidentinnen im Raum sind! Ich kann die Frau Präsidentin des Rechnungshofes beruhigen. Sie hat gesagt, sie wünscht sich, dass der Rechnungshofbericht über den Lehrpersonaleinsatz ernst genommen wird. Ich glaube, wir als Parlament und auch die Bundesregierung nehmen diesen Bericht extrem ernst, denn der Rechnungshofbericht zeigt uns leider sehr deutlich auf, was schon seit vielen Jahren gewusst wurde und uns auch gedroht hat, nämlich ein Lehrpersonalmangel. Trotzdem haben die letzten beiden Regierungen lange zugeschaut und zu spät Maßnahmen gesetzt, mit dem Ergebnis – Barbara Neßler hat es ja angesprochen –, dass in Tirol zum Beispiel 46 Prozent der Fächer von fachfremdem Personal unterrichtet werden. In Oberösterreich sind es 35 Prozent.

Allein im Jahr 2023 mussten Mehrdienstleistungen im Umfang von circa 7 000 Vollzeitäquivalenten geleistet werden und dadurch also rund 7 000 Vollzeitbeschäftigte kompensiert werden. Das ist weder fair gegenüber den Lehrkräften noch gegenüber unseren Kindern in den Klassenzimmern.

Die zentrale Schlussfolgerung aus diesem Bericht ist klar: Wir dürfen nicht mehr in Notlösungen hineinstolpern, sondern müssen endlich den Lehrerinnen- und Lehrerberuf wieder attraktiver machen. Genau deshalb haben wir den Bericht ernst genommen und im Regierungsprogramm auch schon Maßnahmen festgeschrieben, nämlich mehr Ausbildungsplätze für Pädagoginnen und Pädagogen, Ausbau der Schulsozialarbeit zur Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen, Investitionen in die und eine Verkürzung der Pädagog:innenausbildung. Wir wollen auch ein mittleres Management zur

Unterstützung von Lehrpersonal an den Schulen einsetzen, damit Probleme delegiert und die Lehrer:innen so unterstützt werden können.

Damit machen wir mit der Attraktivierung des Lehrberufs Ernst, nicht nur mit Kampagnen, sondern mit besseren Rahmenbedingungen und kürzeren Ausbildungswegen. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Deckenbacher [ÖVP].*)

Den notwendigen Quereinsteigern wollen wir den Quereinstieg erleichtern: Es wird größtmögliche und nachvollziehbare Anrechnungen von Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft geben, und wir begleiten sie dann besser im neuen Beruf, damit sie im Klassenzimmer nicht allein gelassen werden. Auch die Volksschulen wollen wir für den Quereinstieg öffnen.

Die Zahlen bestätigen den eingeschlagenen Weg dieser Bundesregierung. Auf 6 500 freie Stellen haben sich in diesem Schuljahr 16 000 Bewerberinnen und Bewerber gemeldet. Das zeigt schon einen ersten guten Erfolg.

Abschließend: Wir werden das sehr ernst nehmen, denn für uns als Sozialdemokratie und auch für diese Bundesregierung ist klar, unsere Kinder verdienen nicht den zweitbesten Unterricht, sondern die beste Bildung. Dafür tragen wir hier gemeinsam die Verantwortung. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

20.36

Präsidentin Doris Bures: Nun ist Frau Abgeordnete Gertraud Auinger-Oberzaucher zu Wort gemeldet. – Bitte.